

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/157

17. August 1972

Turmwächter der Demokratie - Patriot und  
Europäer

---

Zum 20. Todestag von Kurt Schumacher

Von Annemarie Renger MdB  
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-  
Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums  
der SPD

Seite 1 bis 3 / 146 Zeilen

Zur Steuer der Wahrheit

---

In Sachen "Quick"-Spekulation auf reduziertes  
Erinnerungsvermögen

Von Karl Wienand MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-  
Bundestagsfraktion

Seite 4 / 49 Zeilen

Olympiastätten kein Tumelfeld für  
Extremisten

---

Sicherheitsbeauftragter vor schwieriger  
Aufgabe

Von Heinz Pensky MdB  
Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Seite 5 / 44 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Turmwächter der Demokratie - Patriot und Europäer

---

Zum 20. Todestag von Kurt Schumacher

Von Annemarie Renger MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

und Mitglied des Präsidiums der SPD

Die Beschäftigung mit dem Lebenswerk Kurt Schumachers, dessen kämpferisches Leben am 20. August 1952 erlosch, ist kein Ausflug in eine ferne Vergangenheit, obwohl seit dem Tode des Wiederbegründers der deutschen Sozialdemokratie zwanzig Jahre vergangen sind. Keine große Partei, die glaubwürdig bleiben will, kann sich von ihren Ursprüngen lösen; kein Staat die Umstände verleugnen, aus denen er hervorging. Bei der Betrachtung der Verhältnisse im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre erkennen wir einen Wandel in Staat und Gesellschaft, doch treten als unverrückbare Größen auch jene Faktoren hervor, die damals wie heute die deutsche Politik bestimmen.

Die kurze Spanne von sieben Jahren, die Schumacher nach Kriegsende noch zugemessen war, hat seinem Leben jene Erfüllung gebracht, die den meisten Politikern versagt bleibt. Nach den Enttäuschungen seiner Generation in der Weimarer Republik, nach zehn bitteren Jahren des Konzentrationslagers trat er 1945 als ein Fertiger auf den Plan. Seine Konzeption für die wiedererstehende Partei fand keinen nennenswerten Widerspruch, die Führung fiel ihm ohne Rivalitäten zu und mit seinen Vorstellungen vom Aufbau eines demokratischen Deutschlands erhielt er eine weit über die eigenen Reihen hinausgehende Zustimmung.

Die außerordentliche Wirkung, die von diesem Politiker ausging, erklärt sich aus der geballten Energie, mit der er ans Werk ging, aus der zwingenden Kraft seiner Sprache, aus der Klarheit des Denkens und der Schärfe eines analytischen Verstandes. Im Niemandsland der Geschichtskatastrophe von 1945 setzte Schumacher die ersten Zeichen der Besinnung und Selbstbehauptung. Seine Stimme war die erste, die seine Landsleute vernahmen, mit der sich aber auch die Außenwelt auseinanderzusetzen hatte. Mutig und unverzagt, wie er sein Martyrium in den Jahren der Gewaltherrschaft durchgestanden hatte, trat der Kämpfer in die Arena. Unbeugsam in seinem Willen, unbestechlich in seinen Überzeugungen, konzessionslos in unverzichtbaren Prinzipien, war Schumacher die bewegende Kraft jener Jahre, ein aufwühlender, mitreissender Geist, an dem sich freilich auch die Geister schieden.

Aber dieser überzeugte Demokrat, deutscher Patriot und sozialistische Internationalist hatte mehr einzubringen als das

Können eines Politikers und das Format eines Staatsmannes. Das Geheimnis seines Erfolges lag im unverbrüchlichen Glauben an eine Idee und an sein Volk beschlossen. Schumacher liebte sein Volk. In der Stunde der nationalen Not stand er zu ihm, machte sich zum Anwalt gegen eine Welt des Unverständnisses und Hasses jenseits der Grenzen, gegen die Geister des Kleinmuts, der Verzweiflung und der Rache im Innern. Schumacher war kein Prediger, sondern ein Mann der politischen Aktion, aber in seinem tiefsten Wesen ein Moralist. Er glaubte an die Überzeugungskraft mit rationalen Mitteln, an den Nutzen der Diskussion und schonungsloser Kritik; aber er wußte auch, daß in der Politik nichts Bestand haben kann, was um den Preis der Zerstörung ewiger Werte errungen wird.

Kurt Schumacher hat keine Schriften hinterlassen. Ganz der unmittelbaren Aktion verschrieben, hat er in seinen Reden gleichwohl das theoretische Fundament für eine moderne Sozialdemokratie gelegt, das bruchlos zum Godesberger Programm führte und die SPD zur Volkspartei aufsteigen ließ. Diese schöpferische Leistung, die Schumacher neben August Bebel stellt, ist um so höher zu bewerten, als sie in einer politischen und nationalen Landschaft ohne Orientierungspunkte vollbracht wurde. Daß es dem ersten Vorsitzenden der SPD nach dem Kriege überdies gelang, Führungskräfte und Funktionäre, die überlebt hatten, mit der Emigration zu vereinen, belegt seine integrierende Kraft ebenso wie die Einschmelzung aller Gruppen, die bis dahin unter verschiedenen weltanschaulichen Vorzeichen gestanden hatten und nun loyal zur Partei standen.

Die organisatorische Leistung und politische Aktion unter der Besatzungsherrschaft hatte jene besondere Qualität, die Schumacher mit dem Wort gekennzeichnet hat, daß in solchen Zeiten die Parteien ein Stück unbeschriebener Verfassung seien. In der Tat haben die politischen Parteien im Vorraum eigener deutscher Staatlichkeit Aufgaben übernehmen müssen, die ihnen unter normalen Verhältnissen nicht zugefallen wären. Schumachers große Reden auf den Parteitag enthalten, abgesehen von der geraden politischen Linie, schon alle jene Elemente, die der spätere Oppositionsführer im Bundestag zur Geltung brachte.

Blickt man auf das Deutschland jener Jahre zurück, so zeigt sich, daß damals in allen entscheidenden Fragen die Weichen für die Zukunft gestellt worden sind. Das ist der Grund für die Leidenschaftlichkeit der Auseinandersetzungen, aber auch für die Leidenschaftlichkeit des Engagements, mit der Schumacher seinen Part bestritt. Seine Ungeduld entsprang weder einem herrungslosen Machtwillen, noch einer Ahnung von der ablaufenden Lebensuhr, sondern dem Wissen, daß eine einzige falsch gestellte Weiche den Zug unwiderruflich in die falsche Richtung bringen würde. Die Sorge, die ihn bis zum letzten Atemzug nicht zur Ruhe kommen ließ, bestand darin, daß aus Unvermögen, Kurzsichtigkeit und billigem Opportunismus die Glaubwürdigkeit der deutschen Demokratie, für ihn die Überlebenschance seines Volkes, verspielt werden könnte.

In der ständigen Wiederkehr der großen Themen von Demokratie, Sozialismus, Freiheit und internationaler Gleichberechtigung schälen sich vier Punkte praktischer Politik heraus, in denen Schumachers Denken und Handeln unverwischbare Spuren hinterlassen

hat.

Der erste betrifft den erfolgreichen Abwehrkampf gegen den Kommunismus. Zwar hat Schumacher die sogenannte Einheitspartei in der sowjetisch besetzten Zone nicht verhindern können, mit der Zerstörung des Mythos von der Einheit der Arbeiterklasse aber verhindert, daß durch eine zum Blutspender des diskreditierten Kommunismus mißbrauchte Sozialdemokratie die Sowjetunion ihren Einfluß auf West-Berlin und West-Deutschland ausdehnte.

Nicht minder folgenreich war Schumachers Entscheidung im April 1949, sich den Bedingungen nicht zu unterwerfen, die von den drei Westmächten an die Genehmigung des Grundgesetzes geknüpft wurden. Schumacher, in diesem Kampf von einigen maßgebenden Parteifreunden im Stich gelassen und von den politischen Gegnern der Mißachtung vermeintlich nationaler Interessen beschuldigt, war nach der zweiten Amputation ans Krankenlager gefesselt und einsamer denn je, behielt mit seiner Voraussage, daß die Westalliierten nachgeben müßten, aber recht. So konnte er mit Recht sagen, daß seine Partei den neuen Staat erst lebensfähig gemacht habe.

Drei Jahre und sechs Tage hat Schumacher dem Bundestag angehört. Nach den Protokollen hat er 68 mal interveniert. Mit seiner ersten Rede zur Regierungserklärung wies sich der Fraktionsvorsitzende der SPD als Oppositionsführer aus. Seine Definition von der Rolle der Opposition garantierte für mehr als zwei Jahrzehnte die Lebensfähigkeit des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Auch hier hat die Sozialdemokratie, die sich unter Schumacher zur Führung und Verantwortung für den Aufbau eines demokratischen Staates auf Grund ihrer Vergangenheit berufen fühlen konnte, einen konstruktiven Beitrag von staatspolitischer Tragweite geleistet. Das natürliche und legitime Nein der von Schumacher geführten SPD darf schließlich nicht vergessen machen, daß unter seinem Mantel die Arbeiterschaft, die lange dem Staat fremd gegenüberstand, an den Staat herangeführt wurde. Die Identifizierung der Sozialdemokratie mit diesem demokratischen Deutschland hat in jenen Jahren nicht nur den Radikalismus verbannt, sondern die staatsverneinenden Kräfte förmlich aufgerieben.

Eine qualitative Unterscheidung zwischen den politischen Prinzipien der Opposition und dem pragmatischen Vorgehen der Regierung in jenen Jahren wird dem parlamentarischen System nicht gerecht. Schumacher hat mit seinen Grundsätzen keine utopischen Maximalziele verbunden und der Regierung nicht das Recht abgesprochen, sich nach der Decke effektiver Möglichkeiten zu strecken. Wohl aber beklagte er, daß die damalige Regierung keine Strategie besaß, objektiv bestehende Chancen nicht wahrnahm und aus parteipolitischen Egoismus sogar den Trumpf verspielte, den sie mit dieser Opposition in Händen hatte. Die Übereinstimmung zwischen Schumacher und Adenauer bestand darin, daß der Oppositionsführer bei aller politischen Gegnerschaft sorgsam darauf bedacht war, den im Bewußtsein des Volkes noch neuen Staatsorganen die nötige Achtung zu bezeugen. - War die Verantwortung für das Gemeinwesen zwischen Regierung und Opposition nach Schumachers Auffassung unteilbar, so hat die Sozialdemokratie genauso einen entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Politik und der allgemeinen Entwicklung gehabt. Die Einführung eines gleichberechtigten Deutschland in die westliche Gemeinschaft, der seine ganze, auch oppositionelle Politik galt, hat Schumacher in der Abrundung nicht mehr erlebt. Doch legt sein Schaffen und Wirken davon Zeugnis ab, daß er als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und als Führer der Opposition im Bundestag für dieses Ziel gelebt, gestritten und gelitten hat.

(-/ex/17.8.1972/ks)

Zur Steuer der Wahrheit  
-----

In Sachen "Quick"-Spekulation auf reduziertes Erinnerungsvermögen

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Mit penetranter Bösartigkeit unterstellen die konservativen Kräfte der Bundesregierung einen Angriff auf die Pressefreiheit. Als "Speerspitze" dient der Vorsitzende des Deutschen Zeitschriftenverlegerverbandes, Alfred Strothe. In einem Schreiben an Bundeskanzler Willy Brandt äußerte er "begründeten Anlaß zu der Vermutung, daß der wirkliche Hintergrund der beunruhigenden Angelegenheit die Absicht der Regierung ist, das journalistische Zeugnisverweigerungsrecht... durch einen Kraftakt staatlicher Exekutivorgane aus den Angeln zu heben".

Für all diejenigen, die auf politische Erfolgserlebnisse nur unter Spekulation auf ein reduziertes Erinnerungsvermögen der Wähler hoffen können, sei zur Klarstellung folgendes bemerkt: Die SPD hat bereits in der IV. Legislaturperiode neben dem Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes (BT-Drs. IV/1849 insbesondere einen Entwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung (BT-Drs. IV/1696) eingebracht. Es war beabsichtigt, den das Zeugnisverweigerungsrecht regelnden § 53 Nr. 5 und Nr. 6 der Strafprozeßordnung dahin zu ändern, daß Redakteure, Journalisten, Verleger, Herausgeber, Drucker u.a., die bei der Herstellung oder Veröffentlichung einer periodischen Druckschrift berufsmässig mitgewirkt haben, über die Person des Verfassers, des Einsenders oder des Gewährsmannes einer Veröffentlichung oder einer zur Veröffentlichung bestimmten Mitteilung und über deren Inhalt zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt seien. - In Nr. 6 ist die gleiche Forderung für die Rundfunk-Szene aufgestellt worden. In der 110. Sitzung des Bundestages am 5. Februar 1964 plädierte Martin Hirsch für die SPD ebenso vehement wie eindringlich für das uneingeschränkte Aussageverweigerungsrecht der Presse und leitete diesen Anspruch nicht nur aus Artikel 5 Abs. 1 GG dem Grundsatz der Pressefreiheit, sondern auch aus Artikel 1 GG, dem Grundsatz der Unverletzbarkeit der Menschenwürde, und aus Artikel 19 der Konvention der Menschenrechte her, die unmittelbar geltendes Recht darstellt.

Doch dieser Antrag, der Presse das uneingeschränkte Aussageverweigerungsrecht einzuräumen, erlitt ein ähnliches Schicksal wie der Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes: Er wurde das Opfer christdemokratischer Obstruktionspolitik. Der federführende sowie der mitberatende Ausschuß haben noch nicht einmal einen Bericht gefertigt. Doch in der Öffentlichkeit hebt von Krasko bis Strauß! ein lautes Wehklagen über die Bundesregierung an. Woher nehmen diese Politiker eigentlich soviel Frechheit?

Strothe möge in einem weiteren Brief an den Bundeskanzler erklären, woher er die Chuzpe nimmt, der SPD vorzuwerfen, sie wolle das Aussageverweigerungsrecht für Journalisten aus den Angeln heben, das zu normieren und zu institutionalisieren Christdemokraten permanent verhindert haben. Wir werden uns nicht übertreffen lassen im Kampf für eine uneingeschränkte Pressefreiheit. Und ein Mann wie Horst Ehmke hat das während der von Strauß verursachten "Spiegel"-Affäre bewiesen. Diejenigen, die heute am lautesten schreien, haben bisher am wenigsten für die Pressefreiheit getan. (-/ex/17.8.1972/xs)

## Olympiastätten kein Tummelfeld für Extremisten

Sicherheitsbeauftragter vor schwieriger Aufgabe

Von Heinz Pensky MdB

Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Für die Dauer der Spiele der XX. Olympiade 1972 können die Landesregierungen durch Rechtsverordnung ausreichend bemessene befriedete Bannkreise um Anlagen und sonstige Örtlichkeiten legen, die unmittelbar den Veranstaltungen in den Olympia-Komitee's dienen. Innerhalb der befriedeten Bannkreise sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge verboten. Das bestimmt das vom Bundestag verabschiedete Gesetz zum Schutze des Olympischen Friedens.

Ein solches örtlich und zeitlich begrenztes generelles Versammlungsverbot liegt insbesondere im Interesse der Polizei, der damit für diesen besonderen Fall eine klare Entscheidungsgrundlage an die Hand gegeben worden ist. Nach Paragraph 15 Abs. 1 und 2 des Versammlungsgesetzes kann die Polizei nur unter bestimmten Voraussetzungen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder Aufzüge verbieten oder auflösen. Es handelt sich dabei immer um schwierige Ermessensentscheidungen, die jeweils noch gerichtlich angefochten werden können. Die vom Gesetzgeber zu Gunsten der Versammlungsfreiheit eng gehaltenen Eingriffsvoraussetzungen für die Verbots- und Auflösungsverfügungen sind für das normale staatliche Leben sicherlich zu begrüßen, dem besonderen Schutz der Olympischen Spiele wird dies jedoch nicht gerecht.

Die Notwendigkeit, auf diesem Gebiete rechtzeitig Vorsorge zu treffen, liegt auf der Hand. Agenturmeldungen sprachen bereits im letzten Winter davon, daß neonazistische Kräfte für die Zeit der Olympischen Sommerspiele in München eine "Gegen-Olympiade" vorbereiten. "Mut", das Blatt der rechten militanten "Aktion W" veröffentlichte inzwischen einen Appell, sich an der geplanten "Gegen-Olympiade" zu beteiligen. Auch das Organ internationaler rechtsradikaler Organisationen, die in Coburg erscheinende "Nation Europa", rief zur Teilnahme an dem "I. Nationaleuropäischen Kongreß der Jugend" in französischer, italienischer, spanischer und englischer Sprache auf.

Dem muß die Bundesrepublik Deutschland begegnen, die mit der Durchführung der Olympischen Spiele zugleich die Verpflichtung für einen friedlichen, störungsfreien und möglichst harmonischen Ablauf der Spiele übernommen hat. Für Extremisten können die Olympiastätten deshalb kein Tummelfeld sein.

Eine Machtdemonstration der Ordnungskräfte, die ohnehin unglücklich wäre, braucht nach der präventiv wirkenden gesetzlichen Maßnahme erst gar nicht in Erwägung gezogen werden. Es war deshalb eine begrüßenswerte Entscheidung des Sicherheitsbeauftragten für die Olympischen Spiele, daß sich die ca. 2.000 Ordnungskräfte aus vorwiegend zivil gekleideten Polizeisportlern rekrutieren und die uniformierte Polizei lediglich den Verkehrsablauf auf den Internstraßen des Olympiageländes regelt. (-/ex/17.8.1972/ks)